

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M. viertel-
jährlich.

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3 gespaltene Zeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

Sattler- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Cedernwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 3 .: 25. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-
straße 10b .: Telefon: Amt IV, 2120

Berlin, den 20. Januar 1911

Inhalt: Beitragszahlung. — Streitnotizen. — Der zweite Deutsche Heimarbeitertag. — Wahl! — Wo bleibt die preussische Wahlreform? — Streiks und Lohnbewegungen. — Kundsturm. — Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. — Briefkasten der Redaktion. — Sterbetafel. — Verammlungsstatenber. — Anzeigen.

Für die Woche vom 22. bis 28. Januar ist der 4. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Die Kollegen werden in ihrem eigensten Interesse ersucht, bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

Sameln. Bei der Firma „Norddeutsche Automobilwerke“ hat die Gesamtarbeiterschaft wegen Lohnreduzierungen die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist streng fern zu halten.

Schweiz. Die Firma Landis, Reiseartikelfabrik, in Derlis bei Zürich ist gesperrt. Sattler und Täschner haben den Betrieb zu meiden.

Der zweite Deutsche Heimarbeitertag.

Zu einer eindrucksvollen Kundgebung, gerichtet an die Adresse des Deutschen Reichstages, gestaltete sich der zweite Deutsche Heimarbeiter-tag, der am 12. Januar in Berlin im Saale der „Neuen Philharmonie“ tagte. Noch in letzter Stunde sollte durch diese Kundgebung aus den Kreisen der Heimarbeiter dem Reichstage der Weg gewiesen und die Mindestforderungen gezeigt werden, die erfüllt werden müssen, wenn das geplante Hausarbeitsgesetz den Heimarbeitern überhaupt einen nennenswerten Nutzen bringen soll.

Einer der Leiter des Kongresses war der bekannte Sozialpolitiker und Herausgeber der „Sozialen Praxis“, Professor Franke-Charlottenburg. Beschied war der Kongress von allen Gewerkschaftsrichtungen, also auch von den „Christlichen“, deren Weltanschauung es wieder einmal gestattete hatte, mit freien und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften gemeinsam vorzugehen. Doch das war beiläufig! Die Gesamtzahl der Delegierten, die sich wohl aus fast allen Heimarbeitszentren des Deutschen Reiches rekrutierten, betrug 360, von denen allein der „Gewerksverein der Heimarbeiterinnen Deutschlands“ 146 gestellt hatte.

Außerordentlich groß war die Zahl der erschienenen Parlamentarier. Man sah die Reichstagsabgeordneten Trimborn, Dr. Döbe, Hofmeister, Wanz, Naumann, Göhre, Alhorn, Lehmann-Wiesbaden und viele andere. Für den Verein für Sozialpolitik waren erschienen Pro-

fessor v. Schmoller und Vertner, für die Gesellschaft für soziale Reform Staatsminister Freiherr v. Verkeplech. Der Reichsanwalt und das Reichsamt des Innern ließen sich vertreten durch Geheimen Oberregierungsrat Koch, das preussische Ministerium für Handel und Gewerbe durch Geheimen Oberregierungsrat Neumann, das württembergische Ministerium des Innern durch Ministerialrat v. Köhler, das badische Ministerium des Innern durch Geheimen Oberregierungsrat Dr. Wittmann und der Berliner Magistrat durch Magistratsrat Meyer. Außerdem waren achtzehn Unternehmerverbände vertreten, die jedoch nicht als Mitwirkende, sondern selbstverständlich nur als Gäste zugelassen waren.

Nach einer kurzen Eröffnungsrede des Vor-sitzenden erhielt sofort der Professor Dr. Wilbrandt-Lüdingen zu seinem Referat das Wort. Seinen Ausführungen legte er folgende Reso-lution zugrunde:

1. Der Deutsche Heimarbeitertag begrüßt in dem Entwurf eines Hausarbeitsgesetzes, der dem Reichstag zur Beschlussfassung vorliegt, den ersten Vorstoß eines gesetzlichen Heimarbeiter-schutzes, für den auch das Arbeitsammergesetz und die Reichsversicherungsordnung eine Ergänzung bieten können. Dringend erforderlich ist indes, daß die bis jetzt von den Reichstags-kommissionen hinzugefügten Verbesserungen der Gesetzesentwürfe erhalten bleiben, beim Hausarbeitsgesetz die obligatorischen Lohnstufen und Lohnbilder, beim Arbeitsammergesetz die Wähl-barkeit der Angestellten der Berufsvereine, ohne die die Heimarbeiter ihrer besten Vertreter be-raubt sind.

2. Der Heimarbeitertag erinnert an die Heimarbeitsausstellung 1906 in Berlin, deren Ergebnisse in Deutschland, ja weit über dessen Grenzen hinaus den Eindruck erschreckend nie-driger Bezahlung der Heimarbeiter hinterließen und Rückschlüsse aufdrängten auf das Elend und die Verkümmern der hausindustriellen Schichten der Nation. An alledem wird durch den Entwurf des Hausarbeitsgesetzes noch nichts geändert. Die Entlohnung der Arbeit bleibt schrankenloser Konkurrenz und persönlicher Will-kür, der Ausbeutung der Kostgänger, der Unkenntnis und des sozialen Leidens preisgegeben.

3. Der Heimarbeitertag erklärt überein-stimmend mit den wissenschaftlichen Untersuchungen über das Wesen der Heimarbeit und im Einklang mit den internationalen Erfahrungen praktischer Reformversuche: In der Heimarbeit muß staatlicher Arbeiterschutz vor allem durch Hebung der oft unwürdig geringen, zu Ueberarbeit und gesundheitschädlicher Arbeitsweise zwingenden Löhne geleistet werden. Alle den Fabrikgelegen nachgebildeten Maßnahmen, so nötig sie für das Gemeinwohl sind, treffen den Hausarbeiter selbst und machen ihn persönlich verantwortlich für die Folgen des niedrigen Lohnes. Für diese Verantwortung muß als Voraussetzung bessere Bezahlung, die den Heim-

arbeiter tragfähig für die Anforderungen des Gesetzes macht, verlangt werden.

4. Diese Erkenntnis, ein Gemeinut moder-ner Sozialpolitik, hatte bereits zu dankens-werten Beschlüssen im Reichstag geführt, so unter anderem dazu, daß es zu den Aufgaben der Arbeitskammern gehören soll, „in der Haus-industrie die Vereinbarung und Regelung der Lohnsätze zu fördern.“ Für hilfsbedürftige In-dustriezweige jedoch müssen außerdem durch den Bundesrat oder die Landeszentralbehörden Einrichtungen geschaffen werden mit der Be-zugnis, durch gewählte Vertreter der Arbeit-geber und Arbeiter unter unparteiischem Vor-sitz Tarife anarbeiten zu lassen, die dann rechts-verbindlich und in ihrer Durchführung staatlich geschützt sind.

5. Nur dann, wenn die hier verlagende Kraft der Arbeiterorganisationen durch die des Staats ersetzt wird, um Tarifverträge zu errin-gen und durchzuführen, wird der unabhängige Unternehmer von der Schmutzkonkurrenz der Heimarbeit, von dem verhängnisvollen Lohn-druck befreit, nur dann wird dem hoffnungslos Ermatteten die Kraft der Selbsthilfe gegeben, kurz, wirklicher Heimarbeiterschutz auf der Basis des Gesetzes errichtet sein.

6. Aus dieser Hauptforderung erneuert der Heimarbeitertag die während der letzten Jahre in zahlreichen Eingaben und Kundgebungen ausgesprochenen Wünsche der Heimarbeiter, und zwar für das Hausarbeitsgesetz Anferlegung der allgemeinen Registrierpflicht, Unterstellung unter die Gewerbeaufsicht, Durchführung eines sanitären Säuges, Beschränkung der Aus-nahmen auf die dringendsten Fälle, Abfözung der Uebergangsvorschriften, allgemeine Ein-führung von Abrechnungsbüchern, obligatori-scher Aushang von Lohnstufen, Entschädigung für unverschuldete Zeitversäumnis beim Soler oder Bringen von Arbeit; für das Arbeits-kammergesetz Verpflichtung zur Förderung der Vereinbarung und Regelung der Löhne in der Heimarbeit und Wählbarkeit der Angestellten der Berufsvereine, und für die Reichsversiche-rungsordnung Ausdehnung der Versicherungs-pflicht auf alle Heimarbeiter nicht nur für die Krankenversicherung, sondern auch für sämtliche übrigen Zweige der Reichsversicherungsordnung.

Der deutsche Heimarbeitertag gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß mit der Verwirk-lichung dieser Forderungen dem Elend in der hausindustriellen Bevölkerung gesteuert werden kann, und erwartet deshalb von Bundesrat und Reichstag, daß diese Resolution bei der Veratung über die Beschlüsse volle Berücksichtigung findet.

Da inzwischen bekannt geworden war, daß der Reichstag durchaus nicht, wie ursprünglich geplant, sich sofort an die Beratung des Haus-arbeitsgesetzes machen würde, ja, daß sogar die Möglichkeit bestehe, daß der jetzige Reichstag gar nicht mehr die Lebensdauer haben werde,

